

21.4.2015, 12:14 Uhr

Stadtzürcher Abstimmung vom 14. Juni

«Verpasste Chance für die Stadtkasse»

21.4.2015, 12:14 Uhr



Das bürgerliche Komitee stört sich an den hohen Kosten der geplanten Siedlung im Seefeld. (Bild: PD (Visualisierung))

Ein Komitee aus FDP, SVP und Gewerbeverband stellt sich gegen den Bau einer neuen städtischen Siedlung im Seefeld. Wenn man das teure Areal nicht an Private verkaufe, verpasse man eine Chance, die Stadtfinanzen zu verbessern, hiess es.

ak. Am 14. Juni entscheiden die Stimmberechtigten der Stadt Zürich über einen Kredit von 100 Millionen Franken, mit dem an der Hornbachstrasse im Kreis 8 eine Siedlung mit 122 Wohnungen erstellt werden soll. Der Bau sei eine Chance, etwas gegen die viel beschworene «Seefeldisierung» zu unternehmen, [sagte der zuständige Stadtrat André Odermatt vor drei Jahren bei der Präsentation des Projekts](#), das vom Büro Knapkiewicz & Fickert entworfen worden ist. Der Begriff «Seefeldisierung» hat sich in den letzten Jahren in Zürich eingebürgert als Synonym für Gentrifizierung, also die Vertreibung ärmerer Schichten durch die bauliche Aufwertung eines Quartiers.

Wohnungen «zu billig»

Ganz anderer Meinung ist ein bürgerliches Komitee, das am Dienstag anlässlich einer Medienkonferenz seine ablehnende Haltung begründet hat.

«Luxuswohnungen Nein!» lautet das Motto, das sich SVP, FDP und Gewerbeverband auf die Fahne geschrieben haben. Das Seefeld gehöre zu den teuersten Wohnlagen in Zürich. Es sei unsinnig, dort Sozialwohnungen zu errichten, sagte etwa Michael Baumer, der Präsident der städtischen FDP. Würde man das Land verkaufen oder verpachten, könnte man viel mehr Geld generieren – mit dem man beispielsweise an günstigeren Lagen deutlich mehr subventionierte Wohnungen erstellen könnte.

Wären zudem private Wohnungen auf dem Areal erstellt worden, hätte man finanzkräftige neue Mieter oder Käufer anziehen können, die für höhere Steuereinnahmen gesorgt hätten. Baumer betonte, dass die FDP grundsätzlich Hand biete für den sozialen Wohnungsbau. Wichtig sei aber, dass die wirklich Bedürftigen in den Genuss der vergünstigten Wohnungen kämen. Daran gebe es erhebliche Zweifel, und die rot-grüne Mehrheit im [Gemeinderat](#) wolle noch nicht einmal bessere Kontrollen der Mieterschaft.

Überbauung Siedlung Hornbach



SVP-Fraktionschef Mauro Tuena machte darauf aufmerksam, dass die Wohnungen in der neuen Siedlung Hornbach viel zu billig vermietet würden. So werde eine 4,5-Zimmer-Wohnung für 1670 Franken angeboten. Auch dadurch lasse sich die Stadt Einnahmen entgehen. Eine einigermaßen moderne Wohnung dieser Grösse koste in der Regel um die 4000 Franken im Monat. Mit Steuergeld werde also ein paar Auserwählten die Miete finanziert, sagte Tuena. Hier muss man allerdings einschränken, dass die Kosten für Bau und Betrieb der Siedlung die städtische Rechnung nicht belasten. Die Liegenschaftenverwaltung der Stadt vermiete die Wohnungen und Gewerberäume zu kostendeckenden Preisen, steht in der Weisung des Stadtrats. Gedeckt sind auch Kapitalkosten, Abschreibungen und Rückstellungen für Reparaturen.

Parkplätze verschwinden

Nicole Barandun, die Präsidentin des Stadtzürcher Gewerbeverbands, störte sich vor allem daran, dass der Siedlung vierzig oberirdische Parkplätze weichen müssen, auf die das lokale Gewerbe angewiesen sei. Zwar würden im Rahmen des Neubaus auch Gewerberäume erstellt, wegen der Vermietungspraxis der Stadt kämen diese aber kaum dem Gewerbe vor Ort zugute. Unverständlich sei es zudem angesichts der aktuellen Leerstände, dass die Stadt auch Büroräume erstelle. In den Neubau werden auch der bestehende Werkhof und der Kindergarten integriert.

MEHR ZUM THEMA

**Plan für Wohnsiedlung im Zürcher Kreis 5
Viel städtisches Geld für teure
Wohnungen**

11.8.2014, 05:30 Uhr

**Städtische Siedlung mit Seeblick
Günstig wohnen oder Parkplätze?**

21.9.2014, 20:14 Uhr

**Zürcher Gemeinderat
Siedlung Hornbach nimmt vorletzte
Hürde**

15.1.2015, 05:30 Uhr

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTE SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.